Die große Unterwerfung

Die Folgen eines transatlantischen Handelsabkommen

Köln, 16.11.2013 Harald Klimenta



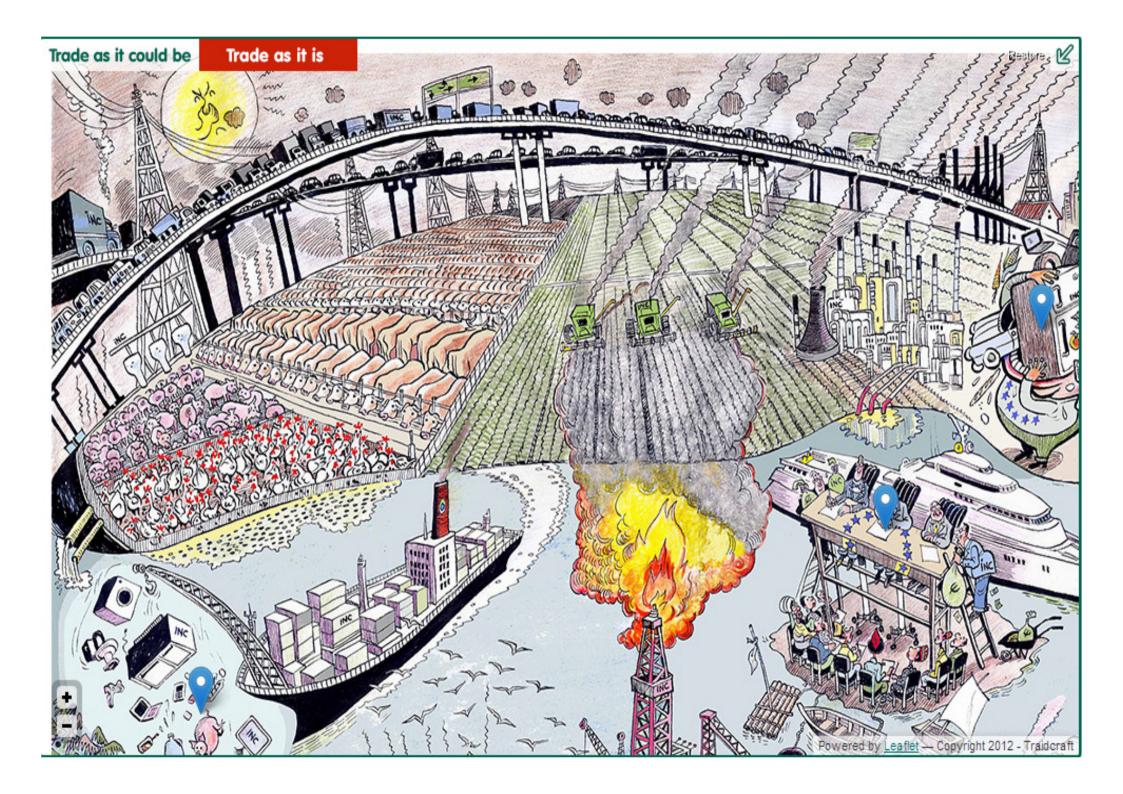
Hinter unserem Rücken...

Die Freihandelsfalle

Konzerne profitieren, Menschen verlieren

Köln, 16.11.2013 Harald Klimenta







Inhalt

- Fakten, Geschichte, Warum jetzt?
- Das Wachstumsversprechen
- Freihandelsprinzipien
- Was wird verhandelt?
- Investoren- u. Unternehmensschutz
- Fahrplan



Zahlen und Fakten

- Größte Freihandelszone der Welt (800 Mio. Menschen)
- 12 % der Weltbevölkerung → >50 % des Welt-Sozialprodukts
- 1/3 d. globalen Waren (482 Mrd. \$) u. DL-handel (255 Mrd. \$): 737 Mrd. US-Dollar
 - \rightarrow > 2 Mrd. \$ pro Tag!
- Investitionen → Verflechtung der Volkswirtschaften:
 - Jährlich (2011) 150 Mrd. \$ Investitionen aus USA, 123 Mrd. \$ in USA
 - Bestand v. EU-Investitionen in USA (2011): 1.573 Mrd. US-\$
 - US-Invest in EU: 2.094 Mrd. US-\$
- 17 % aller EU-Ausfuhren gehen in die USA
- EU unterhält 29 Handelsabkommen, 6 in Verhandlung (Kanada, Indien, Japan, Singapur, Vietnam, Malaysia) → jetzt USA dazu.

auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/EU-USA_node.html



Geschichte der transatlantischen Freihandelszone

- Vor 18 Jahren: Vorschlag Außenminister Kinkel
- EU-Kommissar Brittan: "Transatl. Marketplace Agreement"
- 2007: Mandelson;
- 2007 Bush, Merkel, Barroso: Gründung "Transatlantic Economic Council (TEC) soll Standards harmonisieren
- 2011: Aus TEC heraus Gründung "Hochrangige AG Wachstum u. Beschäftigung" → Abschlussbericht 2013
- 2013: Erklärung Obama/Barroso pro ttip
- Juni 2013 in Dublin: Ministerrat stimmt zu (Handelsminister)





Warum jetzt?

• Voraussetzung:

- Längst vorhandener Prozess in Richtung Freihandelszone
- Fest verankert in Weltanschauung
 - → "Freihandelsversprechen"
- Breite Mehrheit im EP / Bundestag

• Aktuelle Entwicklung:

- WTO ist blockiert
- Angst vor Bedeutungsverlust, Produktion v. Skalenerträgen
- Wirtschaftskrise durch Wachstum überwinden



Das Wachstumsversprechen

• CEPR: EU: +119 Mrd. € → 545 €/4-Pers.-HH/a

– Über 14 Jahre: +1,5 Promille/a

• Ifo-Studie: USA +103.000 AP, D 110.000 AP

- Autor: Felbermayer

• Bertelsmann- Studie:

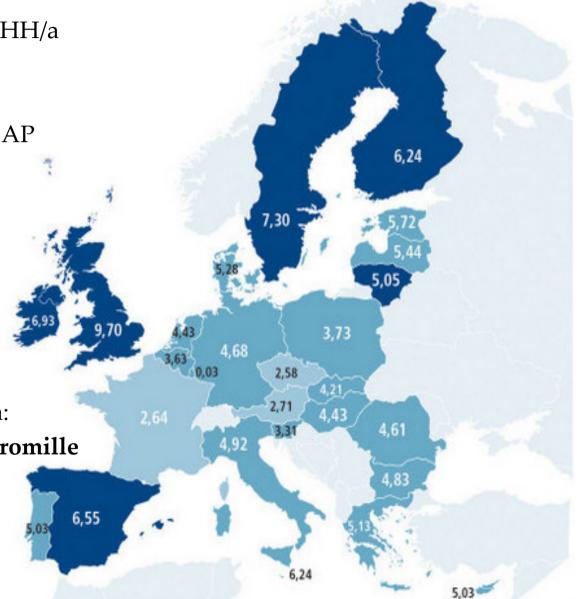
- Autor: Felbermayer

– USA + 1,08 Mio. AP; D: 180.000 AP

• Trotzdem nochmal Ifo-Studie:

- 103.000 AP in USA
- Bei 143 Mio. Erwerbstätigen auf 10 a:

– Zuwachs d. Beschäftigung v. 0,07 Promille





"Transatlantischer Konsumwahn" (taz)

18,06,2013 Konsequenzen des geplanten Abkommens 14/14 Freihandel kurbelt die Wirtschaft an Prognose zum Effekt eines Abbaus transatlantischer Handelsbarrieren. Resultate in zehn bis zwanzig Jahren **Exporte** Pro-Kopf-Einkommen Vereinigte Staaten Vereinigte +2,2% Staaten +94% EU +1,7% FU +73% Deutschland Deutschland +1,6% +57% Quelle: Ifo-Institut/F.A.Z.-Grafik Niebel

@ F.A.Z.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK, Hans-Böckler-Stiftung; DGB)

- US-Ausfuhren in EU (Anteil am BIP): 2,4 %
 - → Ifo: 13 % Einkommenszuwachs???
- US-Handel mit SO-Asien explodiert
 - \rightarrow EU = Bittsteller?

(IMK-Report 85/2013, S. 17)



Einige Prinzipien von Freihandelsabkommen

- Abbau tarifärer u. nichttarifärer Handelsbarrieren
 - → Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit
- Inländerbehandlung: Ausländische u. inländische Anbieter müssen gleich behandelt werden
- Subventionsverbote
- Meistbegünstigung: Einem Marktteilnehmer gewährte Vergünstigungen müssen allen gewährt werden
- Standstill: "Einmal aufgehobene Beschränkungen können nicht wieder eingeführt werden"
- Sperrklinkeneffekt: Jede weitere Vertiefung wird automatisch auf Dauer gestellt
- Marktöffnungsverpflichtungen: Regelmäßige Untersuchung von Ausnahmetatbeständen



TTIP: Kerne der Verhandlungen

Billigerer Handel u. mehr Effizienz durch wirtschaftliche Harmonisierung:

- Restzölle (5-7%) \rightarrow 0 (Agrar: Auch sehr hohe Schutzzölle!)
- Öffnen von Dienstleistungen (auf maximale irgendwo erreichte Öffnung)
- Verbesserter Eigentums- (Investitions-), Patent-, Markenschutz
- Generelle Inländerbehandlung
- Vereinheitlichen "nichttarifärer Handelshemmnisse" (Standards / Normen / Vorschriften / Zulassungsverfahren)



Speziell: TTIP – Wie harmonisieren?

- Regulatorische Kooperation: Prozesse, um Kohärenz herzustellen
 - → Abstimmung v. Rechtssetzungsprozessen, ... periodische Bewertungen
 - → "Lebendes Abkommen hin zu mehr Regelungskonvergenz"
- Gegenseitige Anerkennung ("beide Standards gleichwertig")
 - → "Standards müssen gerechtfertigt sein u. dürfen Handel nicht unnötig behindern" (EU-Korea) (auch: Kennzeichnungs- u. Hinweispflichten)
 - → Folgen f. Umwelt, Verbraucherschutz, Sicherheitsstandards?
 - → Produktstandards zum Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen: Im Mandat wird verlangt, dass "Maßnahmen beider Seiten auf wissenschaftlichen Grundsätzen und internationalen Normen oder naturwissenschaftlichen Risikobewertungen beruhen müssen."
 - → Kein Vorsorgeprinzip mehr, sondern "Sound science"
- Harmonisierung: gemeinsame regulatorische Standards
 - → Auf welchem Niveau?



TTIP: Wachstum zu welchem Preis?

Rhetorik: Alles kein Problem...

- Blinkerfarbe
- Crashtest



"Freiheit für Chlorhähnchen und Hormonschweine"



Wird nicht kommen, wird als Verhandlungserfolg gefeiert,
→ Subtiler... (Hygienestandards? ...)



Gentechnik?

- Zulassung von MIR162 (Gen-Mais als Futter- u. Lebensmittel)
 - Oktober 2012 in Hau-Ruck-Verfahren → Vorleistung?!
- Vorsorgeprinzip i. G. "sound science":
 - USA: Zulassungspflicht, so lange nicht "evident", dass etwas schädlich ist
- Kennzeichungs-"zwang" = Handelshemmnis?
- Präzedenzfall Gen-Lachs: "Frankenfish" (Ausbreitung?)
 - → US-Widerstand wächst → Niveau der Unbedenklichkeitsstudien wie "Schulprojekte"
 - → Zulassung demnächst → EU-Gentechblockade noch schwieriger aufrechtzuerhalten!
- Nächste EU Vorleistung: Genehmigung Gentechnik-Mais 1507?



Lobbyismus

- EU: Geheimverhandlungen (trotz NSA?)
 - 130 Treffen mit Interessensgruppen → 119 mit Konzernvertretern
 - Eines von 52 Stakeholder-Papieren nicht aus Industrie(verbänden)
- US-Handelsvertretung USTR (*U.S. trade representative*):
 - 700 "Bürgerberater, SZ: 90 % in Landwirtschaftskomitee = Industrievertreter
 - US-Landwirtschaft Chefunterhändler vorher bei "CropLife"
 - Einsicht in Verhandlungsdokumente: Nur Industrievertreter
 - Auch Politiker: Keine Ahnung (Beschwerden aus US-Kongress!)



Wachstum zu welchem Preis?

- Beispiele:
 - Vorsorgeprinzip, Verbraucherschutz
 (Kennzeichnungspflichten)
 - → REACH, Fracking, GVO-Mais, Hormonfleisch, ...
 - Landwirtschaft
 - → Subventionen, Hygienevorschriften, geographische Herkunftsangaben
 - → Chlorhühner, Rohmilchkäse, Beihilfe Biolandwirtschaft
 - Beschaffungswesens (USA!!)
 - Finanzdienstleistungen
 - → "Aufsichtliche Kooperation, Tobin-Tax in USA?)



Beispiel: Fracking

- Verbotsverbot des Exports v. unkonventionellen Gasexporten aus den USA
 - → Import in EU → Ausdehnung des Fracking in den USA
- Preissenkungen → Wachstum → Treibhauseffekt
- Viele Gegner in den USA → Blick auf EU
- Umweltschäden durch Pipelines
- Konzessionskäufe → Klagen auf Investitionsschutz...
- Bereits Probebohrungen → Klagen auf Investitionsschutz...



EU-Chemikalienpolitik vs. US-Praxis

- *Toxic Substances Control Act* (TSCA)
 - Neue Substanzen anmelden; Verbot nur, wenn zweifelsfrei bewiesen, dass schädlich ("sound science"); Altstoffe ausgenommen, erst 5 Verbote, vieles in EU verbotene auf'm Markt
- VO zur Reg., Evaluierung, Authoris. u. Beschr. v. Ch. (REACh)
 - Industrie muss Unschädlichkeit nachweisen: >1t → Sicherheitsbericht durch Unternehmen ("Vorsorgeprinzip"), keine Geschäftsgeheimnisse in vielen Bereichen,
 - Besorgniserregendes durch weniger Schädliches ersetzen
 - Risikoprüfung für jede Anwendung
- Z.B.: Bisphenol in Babyflaschen in EU verboten, in USA erlaubt
- Prinzipielles Problem d. "Sound Science": Karenzzeit (DDT), Unsicherheit (Asbest)



Bedeutung f. ArbeitnehmerInnen

- Zunahme AP → "Sklaverei ist schließlich ein Vollbeschäftigungssystem" (R. Reich)
- Erfahrung aus anderen Freihandelszonen: Ausrichtung auf Minimierung d. Handelskosten ohne grenzüberschreitend durchsetzbare AN-Rechte
- "Cloudsourcing", "Cloudworking" → Räumliche Entgrenzung d. Arbeitsmarktes bei IT → Verallgemeinern
- TTIP: Minimieren d. Reibungsverluste → Maximieren d. Standortwettbewerbs
- USA: Gewerkschaften? → (Gewerkschaftsfreie Unternehmen: Löhne 10 % niedriger)
- ILO-Kernarbeitsnormen? → Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen nicht ratifiziert
- TTIP-Verhandlungsmandat: ?CSR, ?lediglich Info- u. Anhörungsrechte,
 - → "Vertuschungsversuch" f. Fehlen v. Sozialstandards u. Durchsetzungsinstrumenten



Privatisierung öffentl. DL / Öffentl. Beschaffung

- Negativlistenansatz: Nur eng umgrenztes wird ausgenommen (Kuhhandel: Wasser *vs* Gesundheit?)
- Öffentl. Beschaffung: Alle Bewerber müssen Bedingungen der Gegend, aus der Ausschreibung stammt, einhalten (ILO-Übereinkommen Nr. 94 → Verstößt nicht gegen EU-Recht)
 - → Tariftreuegesetz längst unter Dauerbeschuss
 - \rightarrow TTIP \rightarrow Inländerbehandlung \rightarrow r.i.p.



Finanzmarktdienstleistungen

- Negativliste: Alles dereguliert außer explizit ausgenommenem!
 - Beweislast in Streitfällen umgekehrt!
- Auswirkungen auf Sparkassen unklar ("Aufkaufverbot" diskriminiert)
- Transaktionsfreiheit
 - → Positionslimits? (Rohstoff-, Nahrungsmittelspekulation)
 - → Transaktionslimits in Krisen "minimal" (Devisenkontrollen?)
 - → GB-Klage gegen Tobin Tax: "Innereuropäische Kapitalverkehrsfreiheit" → TTIP liefert neue Munition
 - → Verbot v. "wirtschaftlicher Bedarfsprüfung" (Finanzmarkt-TÜV??)
- Stillhalteklausel?!
- Vorsorgeprinzip: Zulassungspflicht f. neue Finanzprodukte oder Ablehnung erlaubt, falls Gefahren drohen könnten?



"Das erreichte Schutzniveau steht nicht zur Debatte"



"Das erreichte Schutzniveau steht nicht zur Debatte"

- dG: "Es gibt Regeln für genveränderte Lebensmittel, schon jetzt. Für die Verwendung in der Tiernahrung etwa. Ich kann mir vorstellen, dass die USA diese Regeln lockern wollen. Aber wir werden Gesetze nicht mit einem Vertrag umgehen. Niemand öffnet eine Tür, ohne den passenden Schlüssel."
- FR: Mit Chlorgas behandeltes Hühnerfleisch oder mit Milchsäurebakterien behandeltes Rindfleisch, es gibt doch Befürchtungen bei Europas Verbrauchern.
- dG: Ich denke manchmal, wir gehen zu philosophisch an diese Fragen heran. Es gibt keine wissenschaftlichen Beweise, dass dieses Fleisch Kunden in den USA schädigt. Aber es ist die Aufgabe von Verhandlungen, eine Lösung für Fragen zu finden. Ich könnte mir vorstellen, man kann das durch eine kluge Etikettierung von Lebensmitteln regeln. Wir sollten gewisse Fragen entdramatisieren. (Karel de Gucht im Interview, FR, 2.3.2013)
- dG in SZ: "Hier wollen wir mit dem Abkommen gerade den Unternehmen, die im Bereich Energie, Transport oder Wasserwirtschaft tätig sind, neue Möglichkeiten schaffen. " (Karel de Gucht in: SZ, 10.8.2013)
- (dG, Handelskommisar, ACTA-Befürworter,)



Audiovisuellen Dienstleistungen

- "Die audiovisuellen Dienstleistungen werden nicht ausgeklammert. Die Europäische Kommission hat die Interessenträger vor kurzem eingeladen, zur Zukunft der digitalen Medien Stellung zu nehmen (IP/13/358). Da die Rechtsvorschriften der EU in diesem Bereich noch nicht vollständig ausgearbeitet sind, wurde vereinbart, dass die audiovisuellen Dienstleistungen im Mandat zwar vorläufig ausgespart werden, die Kommission dem Rat aber zu einem späteren Zeitpunkt ergänzende Verhandlungsrichtlinien vorlegen kann."
- Im Mandat heißt es, die Kommission werde dem Ausschuss für Handelspolitik im Geiste der Transparenz regelmäßig über den Verlauf der Verhandlungen berichten. Gemäß den Verträgen könne die Kommission dem Rat gegebenenfalls zu jeder Frage zusätzliche Verhandlungsrichtlinien empfehlen, und zwar mit den gleichen Annahmeverfahren, einschließlich Abstimmungsregeln, wie bei diesem Mandat.

(Memo der EK, 14.6.2013)



Investitionsschutz

Was ist "Investition"? / "Vermögenswert"?

- Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen,
- Anteilsrechte an Firmen
- Portfolioinvestitionen
- Geistiges Eigentum
 - Urheberrechte,
 - Patente,
 - Marken,
 - Sortenschutzrechte
- öffentlich-rechtliche Konzessionen (Bergbau
- "Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben"
- → Anspruch auf Entschädigung im Falle von direkter oder so genannter "indirekter Enteignung"



Investitionsschutz u. Schiedsverfahren

- Regierung erlässt Gesetz, das Investitionen oder Gewinnerwartungen einschränkt (z.B. im Sozial- oder Umweltbereich)
- → Unternehmen fühlt sich "betrogen" und klagt
- ... Und es existiert ein Investitionsschutzabkommen:
- → D-Unternehmen in D: Unternehmen muss sich durch die Instanzen klagen, bis zum BVerfG, das Gesetz für verfassungswidrig erklären kann
- → Ausländisches Unternehmen in D-Land: Schiedsgericht mit 3 Anwälten in Hinterzimmer entscheidet über Schadensersatz

2013: Ca. 3000 Investitionsschutzabkommen (v.a. BITs), aber: erste Kündigungen



Schiedsverfahren

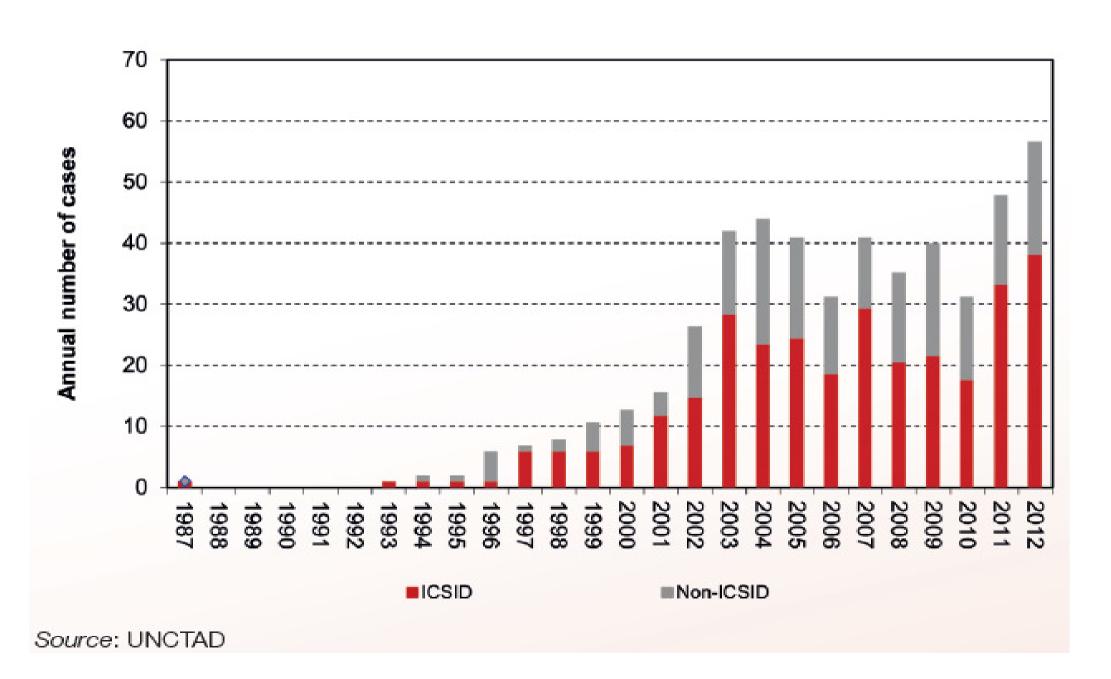
Wirkung:

- Bevorzugen ausländischer Konzerne
- Schaffung eines zweiten Rechtssystems
- Geheime, intransparente Schiedsverfahren,
- Hochbezahlte Schiedsrichter entscheiden
- Keinerlei Rechenschaftspflichten oder Revisionsmöglichkeiten
- Schiedssprüche werden i.A. nicht öffentlich gemacht
- 58 % aller (bekannten) Entscheidungen fallen zumindest teilweise im Sinne der Unternehmen aus
- Anwälte wechseln Seiten
- Kosten rund 8 Mio. \$ pro Verfahren
- 15 Anwälte entscheiden 55 % aller Schiedsverfahren
 - → "Privatisierung der Justiz"?!



Quelle: u.a. corporateeurope.org/printpdf/1446

Figure 1. Known ISDS cases



Schiedsverfahren - Beispiele

(Die meisten Fälle laufen über ICSID (Weltbank, Washington))

- Fukushima → Atomausstieg → Vattenfall klagt auf entgangene Gewinne über 3,7 Mrd. € (Basis: "Energiecharta-Vertrag")
- Kohlekraftwerk Moorburg: Höhere Umweltauflagen nach Wahl von Rot/Grün → Vattenfall klagt → Vergleich zw. D und Vattenfall → HH muss "kuschen"
- Philip Morris klagt gegen die Anti-Raucher-Gesetze Uruguays (80 % Bilder auf Schachteln mit Raucherschäden u.a.; WHO u. Michael Bloomberg (NYC) unterstützen Uruguay (Verfahren läuft)
- Lone Pine: Via US-Zweigniederlassung gegen Kanada wg. Fracking-Moratorium

→ TTIP weitet Klagemöglichkeiten auf viele Sektoren und für US-amerikanische Konzerne und Anwaltsfirmen aus



Disziplinierende Wirkung v. Investitionsschutzabkommen

"Bei beinahe jeder neuen umwelt-politischen Maßnahme gab es von Kanzleien aus New York und Washington Briefe an die kanadische Regierung. Da ging es um chemische Reinigung, Medikamente, Pestizide, Patentrecht. Nahezu jede neue Initiative wurde ins Visier genommen, und die meisten haben nie das Licht der Welt erblickt."

(Kanadischer Regierungsbeamter über NAFTA)



→ TTIP in die Tonne



Fahrplan

- EU-Kommission/Obama:
 - → Verhandlungen in zwei Jahren abgeschlossen
- Zahl der Verhandlungsrunden?
 - → 2013: 3 Runden geplant (8.-12. Juli, wg. "Shutdown" Oktober-Runde auf diese Woche verschoben, Dezember (Washington)
 - \rightarrow 2014 viele Runden?
- EP muss abschließend Zustimmen
 - → Neuwahl 2014 !!!
- Rat muss zustimmen (einstimmig!)
- Bundestag muss zustimmen ("gemischtes Abkommen")
 - Länder tangiert → Bundesrat muss zustimmen!



Ziel

- TTIP in die Tonne
 - Bündnis "UnFAIRhandelbar"
 - Attac-Kampagne
- Freihandelsdogma überwinden
 - Das Alternative Handelsmandat



"TTIP" NEIN DANKE!

TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS











Umwelt und



































Zukunftsstiftung Landwirtschaft







Bild: Campact

Bündnisforderungen

- Demokratie und Transparenz statt Geheimverhandlungen
- Rechtschutz für Menschen statt privilegierte Klagerechte für Konzerne
- Vorsorge- wie auch Verursacherprinzip stärken
- Kulturelle Vielfalt, kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft schützen
- Hohe Verbraucher- und Gesundheitsstandards
- Arbeits- und Menschenrechte durchsetzen
- Statt Wettbewerbsdruck: Internationale Solidarität und Kooperation
- Statt weiterer Privatisierung: Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen
- Regulierung des Finanzsektors und Abbau ökonomischer Ungleichgewichte



Ziel

• TTIP verhindern

Weg:

- Freihandel demaskieren
- Wahrnehmung v. Freihandel in Bevölkerung verändern
- Alternatives Handelsmandat bekannt machen
- Anschlussfähigkeit
 - Breite Bündnsisse unter NGOs
 - Breite Bündnisse mit Bevölkerungsteilen ("den" Kommunalpolitikern")



www.harald-klimenta.de



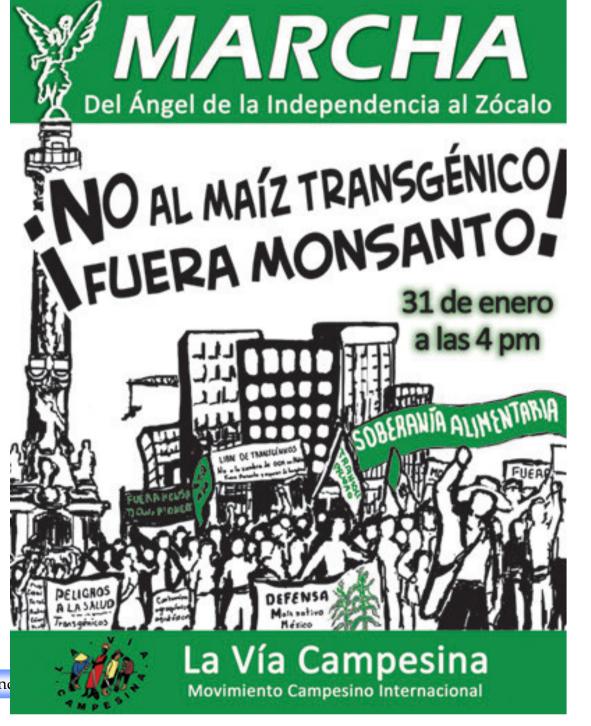




Ernährungssouveränität

"Ernährungssouveränität ist das
Recht jeder Nation, ihre eigene
Kapazität zu erhalten und zu
entwickeln, um Nahrungsmittel zu
produzieren, die wichtig für die
nationale und kommunale
Ernährungssicherheit sind, und
kulturelle Vielfalt und die Vielfalt
von Produktionsmethoden zu
respektieren."

(Via Campesina, 1996) (u. a. AbL)





Ernährungssouveränität (La Via Campesina)

Kernforderungen La Via Campesina:

- Eigenständige Agrarpolitik, kulturell angepasst, kein Freihandel
- Regionale Produktion u. Handel *vor* internationalem
- Produktionssubventionen und Importhürden möglich
- Zugang u. Kontrolle über Produktionsmittel in Händen der lokalen Produzenten (Wasser, Saatgut, Land, Energie)
- Stärkung: Partizipation, Emanzipation, Frauenrechte
- Einschränken von Überschussproduktion
- Staatl. Förderung gesunder, qualitativ hochwertiger Lebensmittel
- Nachhaltige Produktion
- Angemessene (u. Durchsetzung kostendeckender) Preise
- Keine Patente auf Saatgut







Stand nach 1. Verhandlungsrunde, 8.-12.7.

- (150 Delegierte in 24 Arbeitsgruppen)
- Transparenz: USA gibt Namen von 10 Verhandlungsführern bekannt, Kommission veröffentlicht sowieso bereits geleakte Papiere.
- Gesundheits- u. Pflanzenschutz (SPS) u. Landwirtschaft wurden ausführlich diskutiert. Absprachen mit hochrangigen Politikern nötig, damit Verhandlungen sinnvoll.
- NSA-Skandal → Datenschutz außen vor, obwohl E-Commerce großes Thema → Extra Verhandlungsrunden
- Derivatehandel-Regulierung in EU kommt, macht Kooperation bei Finanzmarktaufsicht wahrscheinlicher // Finanzmarkt-regulierung eher außerhalb ttip?
 - → Nach jeder Verhandlungsrunde andere Themen / Stimmungen?

Aus B | Brief 1.8.2013, Bertelsmann Stiftung



Die "schwierigen Themen"

- Kein Konsens zwischen EU u. USA:
 - Zulassung GV Nahrungsmittel
 - Agrarhandel
- "Viel, viel Arbeit":
 - Technische Standards, Zulassungsverfahren
- Einigkeit bei?: Investor-Staat-Klagen...
- Taktisches Spiel: a opfern b bekommen
 - → Viel als "weniger schlimm" wahrgenommenes durchsetzbar



Adressat von Protest

• Adressaten von Protest:

- 60 Verhandlungsteilnehmer → Entanonymisieren!
- Verhandlungsleiter Ignacio Garcia Becerra (= "Bolkestein II")
- Gesamtleitung: Handelskommissar Karel de Gucht:
- EP-Handelsausschuss: Zugriff auf Verhandlungspapiere



- MAI scheitert weil es an die Öffentlichkeit kam
 - Jetzt: MAI 2.0
- Standstill-standard u. Rollback-standard u. institutioneller Rahmen, der die Kontrolle ermöglicht.
- Klagerecht u. Entschädigung
 - Vattenfall 1 u. 2
- Schleichende Enteignung, Schutz gegen Unruhen, schleichende Enteignung
- Streitschlichtungsverfahren, kein Revisionsverfahren:



4 komplexe Folien zu Handel / strategischer Handel u. Wachstum...

Ja oder Nein?



Das Freihandelsversprechen

- "Bei Öffnung der Grenzen für den int. Handel steigt das Volkseinkommen aller Länder, die sich daran beteiligen" (Samuelson, Nordhaus, S. 781)
 - → Ricardos Komparative Kostenvorteile (Wein-Tuch)

Probleme: Voraussetzungen?

- Faktorknappheit (keine Arbeitslosigkeit oder übrige Kapitalressourcen)
- Flexible Preise & Löhne
- Geschlossene Kapitalmärkte
- Leistungsbilanzausgleich
- "Wissensschatz" öffentliches Gut, sonst Strukturfalle → "Learning by doing"



Strategische Handelspolitik

- Ist Handel zwischen ähnlich entwickelten Volkswirtschaften per se positiv?
- Bsp.: zeitlicher Vorsprung v. Unternehmen eines Landes in bestimmten Sektoren → Mono-/Oligopolbildung
 - → Monopole/Oligopole aufbrechen steigert Wohlfahrt
 - → Strategische Verbesserungen der Angebotsbedingungen der eigenen Unternehmen notwendig
 - Z. B. durch staatl. Forschung, Subventionen, techn. Normen
 - → Handelstheoretische Begründung v. nützlichen Handelshemmnissen



Strategische Handelspolitik

- Insbesondere bei Handel von Gütern mit steigenden Skalenerträgen (z.B. Software, patentgeschützte Tabletten)
 - (→Kosten pro Produkt sinken mit steigender Stückzahl)
 - → Neigung zu Monopol
 - → Staatl. Eingriffe u. Handelsbeschränkungen können zu Wohlfahrtssteigerungen führen
- Kernproblem: Reaktion der anderen konterkariert eigene Strategie
- Lösung: Alle sollen sich öffnen, sonst Drohung: Eigene Märkte schließen
- \rightarrow Was tun? \rightarrow Empirie!



Freihandelszonen - Empirie

- Größere Märkte → sinkende Gewinne → Riskantere Geschäfte (Banken)
- Wirkung auf Beschäftigte: Standortwettbewerb!
 - Selbst v. Liberalisierungsbefürwortern nicht rosig gesehen
 - Trend: Angleich des Lohnniveaus Geringqualifizierter an Weltlohnniveau
- Länder unterschiedlicher Faktorausstattung: Keine Angleichung!
 - Viele Verlierer, wenig Gewinner
 - → Sind Ausgleichszahlungen zwischen Gewinnern und Verlierern noch gewollt?



Wachstum zu welchem Preis?

- "Zweitrundeneffekte":
 - Wirkung von: Angleichung Schul- u.
 Berufsabschlüsse
 - Wirkung von: Angleich Datenschutz, Zugriffsrechte auf Daten, Safe-Harbor-Abkommen?
 - Wirkung auf: Arbeitnehmerstandards, soziale
 Sicherungssysteme, Gewerkschaften?
 - Wirkung von Beihilfeverboten (EE-, ...-, Kulturförderung; Subventionen an Airbus)
 - Wirkung auf: Umwelt- u. Tierschutz
 - → Verdeckte Handelshindernisse



- Kurze Einführung ins Thema (ohne Vorgeschichte MAI, WTO, GATS, TRIPS, EPAs usw., das machen wir nachmittags)
- Stand der Verhandlungen
- Wer vertritt welche Interessen, wie läuft die Lobbyarbeit der Konzerne
- Der Skandal der "Schiedsgerichte"; Bsp. Vattenfall etc.
- Wo werden die besonderen Knackpunkte/Angriffspunkte liegen?
- Beispiele: Monsanto etc.
- Wie ist die Taktik der Befürworter einzuschätzen (den Gegnern einen besonders skandalösen Punkt als "Erfolg" vorwerfen und alles andere durchbekommen, wie Du gestern meintest?)
- Und zum Schluss noch kurz (!) was zum Widerstand und möglichen Bündnispartnern – das werden wir am Nachmittag weiterführen

•

